

# PARLAMENT DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

SITZUNGSPERIODE 2005-2006

Nr.14

## Ausführlicher Bericht

26. Juni 2006

## 5. DIE ZUNEHMEND BESORGNISERREGENDE SITUATION DES INSTITUTS DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT FÜR SONDERUNTERRICHT (IDGS)

DER PRÄSIDENT.- Wir kommen zur Interpellation von Frau Thiemann an Herrn Minister Paasch über die zunehmend besorgniserregende Situation des Instituts der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Sonderunterricht (IDGS). Frau Thiemann hat das Wort.

FRAU THIEMANN (*vom Rednerpult*).- Sehr geehrter Herr Präsident, werte Regierungsmitglieder, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Am letzten Donnerstag hatten wir im Ausschuss für Unterrichtsfragen die Möglichkeit, die Direktoren und Schulleiter der verschiedenen Sonderschulen anzuhören. Die Ausführungen und Gespräche waren sehr aufschlussreich und der Minister ist auf viele Fragen meiner Interpellation eingegangen.

Hervorzuheben ist insbesondere das Engagement, das die Lehrpersonen, Betreuer und Erzieher in diesem Teil des Unterrichtswesens zeigen. Ihnen allen gilt unser Dank und unsere Anerkennung. Auch

die Projekte im Bereich des Anti-Gewalt-Trainings und des Coolness-Trainings zeigen, dass die Erzieher mit Leib und Seele mit den zu betreuenden Schülern verbunden sind. Wir können eindeutig sagen, dass die Eltern in diesen Schulen die beste Lösung für ihre Kinder finden.

Meine vor rund einem Jahr - ebenfalls in der letzten Plenarsitzung der Legislaturperiode - an die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft gerichtete Interpellation konzentrierte sich im Wesentlichen auf die Frage nach einem tragfähigen Konzept zur Verbesserung der Situation im Institut der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Sonderunterricht, kurz IDGS. In Bezug auf das Personal machte die Regierung deutlich, dass sich der Minister durch intensive Gespräche und Besuche ein Bild habe machen können: Die im letzten Sammeldekret eröffnete Möglichkeit, zusätzliches Stundenkapital zur Verfügung zu stellen, und der zu erwartende Schülerrückgang seien Grund genug zu der Annahme, so der Minister, dass das IDGS davon konkret profitieren könne. Der Handlungsbedarf im Personalbereich sei erkannt worden, und die Regierung habe im Rahmen ihrer Möglichkeiten gehandelt.

Vor wenigen Wochen richtete die Schulgemeinschaft des IDGS einen weiteren Hilferuf an die Parlamentsmitglieder, in dem auf die Überbelastung des Personals hingewiesen wurde. Hierbei liegt nahe, dass die oben angesprochenen günstigen Entwicklungen kaum oder gar nicht zur Verbesserung der Situation im IDGS beigetragen haben. Es kann nicht angehen, Herr Minister, dass der Schulleiter jedes Jahr einen Bittbrief an die Regierung richten muss, damit er die benötigte Anzahl Lehrpersonen und Erzieher zur Verfügung gestellt bekommt. Die Schule braucht Planungssicherheit, damit sie sich auf die wesentlichen Aufgaben konzentrieren kann, statt Zeit damit zu verschwenden, jedes Mal eine neue Arbeitskraft zu beantragen. Da auch diese Schule mit vielen Krankheitsfällen bei den Mitarbeitern zu kämpfen hat und dies nicht auf „krank feiern“ beruht, können wir dem Maßnahmendekret, wie bereits von Kollegin Creutz angeführt, nicht zustimmen. Wir sind der Auffassung, dass die im Maßnahmendekret getroffenen Regelungen zur automatischen Kontrolle dieser Fälle kein - ich betone „kein“ - geeignetes Mittel sind, damit diese - Zitat aus Dokument 54 - „Personalmitglieder mit einer verdächtigen Vorgeschichte in die Verantwortung genommen werden“.

Da die Interpellation vor den Beratungen im Ausschuss hinterlegt worden ist und laut Geschäftsordnung die darin enthaltenen Fragen nicht geändert werden können, stelle ich jetzt diese Fragen, obwohl manche im Ausschuss bereits beantwortet worden sind. Ich habe heute keine andere Möglichkeit.

Erstens: Welche dringenden Maßnahmen ergreift die Regierung, um den erkennbaren Problemen im Personalbereich des IDGS entgegenzuwirken? Zweitens, wie sieht die Entwicklung der ein- oder mehrtägigen Abwesenheiten im Zeitraum 1999 bis 2006 aus? Welche Ursachen liegen hier vor? Wann wird die Regierung mit der Ursachenforschung beginnen? Drittens, seit wann weiß die Regierung von dieser Entwicklung und warum hat sie im Rahmen des Maßnahmendekrets nicht darauf reagiert? Viertens, was hat die Regierung während des Schuljahres 2005-2006 und insbesondere nach ihren Erklärungen zur Interpellation vom 27. Juni 2005 konkret in dieser Sache unternommen? Ich bin weiterhin gespannt auf die Antworten. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und falls ich nicht mehr ans Rednerpult komme, wünsche Ich Ihnen allen eine schöne sitzungsfreie Zeit.

DER PRÄSIDENT.- Das ist zu früh. Wir sind noch bei der Arbeit! Gibt es weitere Wortmeldungen? Dem ist nicht so. Ich erteile Herrn Minister Paasch das Wort.

HERR PAASCH, Minister.- Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss ehrlich zugeben, dass ich ein wenig überrascht bin, dass die Interpellation nun doch vorgetragen wird. Frau Kollegin Thiemann hat selbst darauf hingewiesen, dass ein Großteil ihrer Fragen bei der Anhörung der Schulleiter der drei Sonderschulen am letzten Donnerstag im Ausschuss beantwortet wurde. Ich behaupte sogar, sie wurden alle beantwortet. Mir ist in ihrer Ausführung nicht klar geworden, welche Fragen nun noch nicht beantwortet worden wären. Wenn man es aber unbedingt

will, werde ich alles noch einmal wiederholen, was ich im Ausschuss bereits gesagt habe, nur diesmal in aller Öffentlichkeit.

Die Interpellation hätte sich schon deswegen erübrigt, weil der Anlass für diese Interpellation nun auch nicht mehr vorhanden ist. Anlass war nach eigenem Bekunden ein Brief, den der Schulleiter des IGDS an die Mitglieder des Parlamentes gerichtet hatte mit einer ausdrücklichen, klaren Forderung. Diese Forderung ist in der Zwischenzeit zur Zufriedenheit aller erfüllt worden. Insofern gibt es auch für eine heutige öffentliche Debatte keinen wirklichen Anlass. Ich sage ganz offen: Ich bedauere es, dass in dieser Weise öffentlich über bestimmte Dinge diskutiert wird, die von allen Beteiligten als vertraulich betrachtet worden sind.

Wie dem auch sei, Sie haben natürlich Recht, Frau Thiemann, dass die Entwicklung der Schülerpopulation am IGDS im Laufe der Zeit immer schwieriger geworden ist. Genauso richtig ist aber auch, dass die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft - nicht nur diese, sondern auch die Vorgängerregierung unter der Beteiligung meines Amtsvorgängers, Kollege Gentges - reagiert hat. Es ist eine Fülle von schulinternen Projekten unterstützt worden, was auch in der Anhörung ausdrücklich hervorgehoben wurde. Ich erinnere an den Umgang mit dem Autismus, den Umgang mit Gewalt und Konflikten, die Einrichtung eines Trainingsraums, die Gründung der C-Gruppe, das externe Coaching, an die vielen internen Weiterbildungen. All das ist durch das in der Tat sehr vorbildliche Engagement der Personalmitglieder vor Ort entstanden. Es ist aber auch ausdrücklich von der Deutschsprachigen Gemeinschaft und ihrer Regierung unterstützt worden.

Kollege Gentges hatte in einer aktuellen Frage bereits darauf hingewiesen, dass die Sonderschulen von der Deutschsprachigen Gemeinschaft nahezu 6 Millionen EUR erhalten. 6 Millionen EUR für 277 Sonderschüler und für die Unterstützung von insgesamt 169 Integrationsprojekten. Alleine 4 Millionen EUR entfallen dabei auf das IGDS mit seinen 169 Schülern. Sie können selbst unrechnen, wie hoch der finanzielle Einsatz der Gemeinschaft pro Schüler in diesem Zusammenhang ist. Insbesondere das Sammeldekret 2005, das Sie in Ihren Fragen erwähnen, hat dazu einen ganz entscheidenden Beitrag geleistet. Der neue Einfrierungsmechanismus hat dazu geführt - das sage ich nachweislich in aller Deutlichkeit -, dass die Stellenberechnung im Sonderschulwesen in der Geschichte der Deutschsprachigen Gemeinschaft niemals so günstig war wie heute. Alleine durch das Sammeldekret 2005 sind im Sonderschulwesen insgesamt 112 zusätzliche Stunden entstanden. Davon allein 35 im IGDS.

Wenn ich die zahlreichen BVA-Stellen, die unter der Amtsführung von Kollege Gentges und mir selbst zusätzlich gewährt wurden, hinzunehme, dann haben wir heute im Vergleich zu einer normalen, klassischen, ursprünglich mal anwendbaren Stellenberechnung, einen Überschuss von 250 Stunden. Und das bei relativ konstanten Schülerzahlen, die übrigens im letzten Jahr und voraussichtlich auch im nächsten Jahr gesunken sind bzw. sinken werden. Daraus ergibt sich eine in der internationalen Bildungswissenschaft oftmals diskutierte Lehrer/Schüler-Relation. Wir gewähren zurzeit insgesamt im Sonderschulwesen durchschnittlich für 3,5 Schüler eine Betreuungsstelle im pädagogischen bzw. paramedizinischen Bereich. In der Grundschule des IGDS gewähren wir eine pädagogische bzw. paramedizinische Stelle für 2,6 Schüler. In der Sekundarschule des IGDS eine Stelle pro 3,4 Schüler. Hinzu kommt das Verwaltungspersonal, das Unterhaltungspersonal, das Erziehungspersonal und die Direktion.

Ganz nebenbei erwähnt: Einer der Beteiligten der Anhörung vom vergangenen Donnerstag hätte ohne das Sammeldekret 2005 gar nicht an der Anhörung teilnehmen können, weil er kein Vollzeit bezahlter Schulleiter mehr gewesen wäre. Der Grundschulleiter des IGDS erhält weiterhin 24 Stunden für die Ausübung seiner Tätigkeit, und das nur dank des nach unten eingefrorenen Stundenkapitals, denn er hat im letzten Jahr Schüler verloren. Hinzu käme - ich möchte das nicht allzu detailliert vortragen - die BVA-Stelle, die wir dem Sekundarschulwesen für Integrationsprojekte zur Verfügung stellen.

Sie erkundigen sich ferner nach der Anzahl Krankmeldungen. Es stimmt, dass die Krankheitsrate im IGDS seit dem Jahre 2000 angestiegen ist. Ich möchte die Zahl nicht in aller Öffentlichkeit nennen. Ich habe sie im Ausschuss genannt. Es gibt einen sehr deutlichen Anstieg. Wir kennen diese Statistik seit Mai 2005. Fast unmittelbar nach Übernahme der Amtsgeschäfte habe ich eine entsprechende statistische Untersuchung in Auftrag gegeben. Die Resultate liegen seit Mai 2005 vor. Sie sind aber mit einer gewissen Vorsicht zu genießen, weil wir im Unterrichtswesen immer noch von den Verwaltungsprogrammen der Französischen Gemeinschaft, dem so genannten „ETNIC“ abhängig sind. Wir bemühen uns, ein eigenständiges Verwaltungsprogramm auf die Beine zu stellen, damit solche Statistiken etwas schneller und präziser gelingen.

Wie haben wir auf diese Resultate reagiert? Wir haben unmittelbar eine externe Firma mit einer Ursachenforschung beauftragt und zwar bereits im Juni 2005. Diese Firma hat an verschiedenen Schulen, u.a. im IGDS, eine Mitarbeiterzufriedenheitsanalyse durchgeführt. Über diese Ergebnisse ist sehr detailliert noch vor einigen Wochen in der Schulgemeinschaft gesprochen worden. Da wir aber, wie die Schulleiter bestätigt haben, Vertraulichkeit über die Erkenntnisse vereinbart haben, möchte ich nicht im Detail darauf eingehen. Ich sage aber auch, dass wir weitere Untersuchungen machen müssen. Kollege Niessen weiß dies am besten von uns allen. Im Sammeldekret 2006 hat die Regierung nämlich einen Passus eingefügt, der eine ausdrückliche Ursachenforschung dort vorsieht, wo wirklich ausnahmsweise hohe Krankheitszuwächse zu verzeichnen sind. Ich denke, dass in absehbarer Zeit eine Kontrolleinrichtung damit beauftragt werden wird.

Insgesamt muss man natürlich in diesem Zusammenhang sagen, dass die schwierigen Fälle in unserer Gesellschaft zunehmen und damit auch eine zusätzliche Belastung für die im Sonderschulwesen beschäftigten Personalmitglieder nach sich ziehen. Eine Maßnahme, die wir auf jeden Fall beschließen müssen, sind bessere Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten für die Personalmitglieder, damit sie besser auf diese Schwierigkeiten vorbereitet werden. In diesem Zusammenhang freue ich mich, Ihnen mitteilen zu dürfen, dass die Autonome Hochschule ab September 2006 erstmals das Pflichtfach Heilpädagogik für die Studenten des 2. Jahres anbieten wird, ab dem Schuljahr 2007-2008 das Wahlfach, über das wir im Zuge der Verabschiedung des Dekretes über die Hochschulreform viel diskutiert haben, und darauf aufbauend Zusatz- und Weiterbildungen. Das war nur möglich, weil die Autonome Hochschule drei Dozenten damit beauftragt hat, ein entsprechendes Konzept auszuarbeiten und mit Partnern, insbesondere aus dem „Pôle mosan“, zusammenarbeiten konnte, und in diesem Zusammenhang insbesondere auch mit der Ecole Sainte Croix aus Lüttich.

Gleichzeitig wurde in Zusammenarbeit mit der Universität Freiburg und der Fachhochschule Köln ein Konzept erarbeitet. Ich denke, dass wir damit einen wichtigen Beitrag zu einer besseren Vorbereitung der im Sonderschulwesen beschäftigten, sehr engagierten Personalmitglieder leisten können.

Wie der Schulleiter des IGDS zu Recht gesagt hat, ist diese Dienstrechtsreform, die wir heute gegen die Stimmen der CSP-Fraktion verabschiedet haben, ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung der Situation. Eine große Herausforderung wird darin bestehen, das Image der Sonderschulen positiver zu gestalten. Oftmals wird ihnen völlig zu Unrecht ein schlechter Ruf nachgesagt. Das führt dazu, dass Eltern ihre Kinder oftmals dort nicht einschreiben wollen. Einige Menschen stellen sogar die Daseinsberechtigung von Sonderschulen in Frage. Ich gehöre nicht zu diesen Menschen. Ich bin der felsenfesten Überzeugung, dass Sonderschulen nachhaltigen Bestand haben müssen, auch in der Deutschsprachigen Gemeinschaft, weil sie für viele Kinder ganz eindeutig die beste Fördereinrichtung sind.

Kolleginnen und Kollegen, wir müssen selbstverständlich an einer neuen Rechtsgrundlage für das Förderschulwesen arbeiten. Wie Sie wissen, haben wir vor einigen Monaten oder Wochen im Parlament eine Prioritätenliste mehrheitlich verabschiedet, ausgehend von einem Resolutionsvorschlag, den die Ecolo-Fraktion eingereicht hatte. Interessanterweise ist in diesem Resolutionstext, also in dieser zeitlichen Prioritätenliste der Mehrheit, ausdrücklich auch die Reform des Sonderschulwesens aufgelistet. Ich muss Sie leider daran erinnern, dass Sie diesen Vorschlag

abgelehnt haben, Kolleginnen und Kollegen der CSP. Wir waren damals schon anderer Meinung und wussten, dass wir uns intensiv mit neuen Rechtsgrundlagen in diesem Bereich zu beschäftigen hatten. Sie anscheinend nicht! Aber das wird uns nicht daran hindern, weiterhin an der Ausarbeitung eines Förderdekrets zu arbeiten. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

*(Applaus bei der PJU/PDB, PFF und SP)*